



ivote

SO WIRD DIE EU WIEDER WETTBEWERBSFÄHIG!

Welche Maßnahmen braucht es, um Europa
im neuen globalen Machtgefüge zu stärken?

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



MINT-GIRLS-CHALLENGE

900 Mädchen nahmen am
Wettbewerb teil

Seite 4



STEIERMARKE

Stolitzka blickt auf vier Jahre
IV-Präsidentschaft zurück

Seite 10/11

INDIEN

Wachstumsmarkt und
aufstrebender Partner

Seite 2

Indien: Wachstumsmarkt und aufstrebender Partner

Eine junge Bevölkerung und das höchste Wirtschaftswachstum unter den G20-Staaten – Indien gewinnt zunehmend an Bedeutung für die globale Zusammenarbeit. Der IV-Ausschuss Europa & Internationale Märkte beschäftigte sich mit dem wichtigen Wachstumsmarkt.

Indien mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern, die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt, gewinnt zunehmend an Bedeutung bei der Bewältigung globaler Herausforderungen. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt. Das Land verzeichnete 2023 ein Wirtschaftswachstum von 6,3 % – das höchste unter den G20-Staaten. Vor diesem Hintergrund befasste sich auch der IV-Ausschuss Europa & Internationale Märkte unter dem Vorsitz von Karin Exner-Wöhler mit dem Wachstumsmarkt Indien. Zu Gast waren der Vorstandsvorsitzende der in Indien aktiven Plansee Group, Karlheinz Wex, sowie die preisgekrönte Journalistin und Direktorin des indischen Thinktanks Gateway House, Manjeet Kripalani.

Gut ausgebildete Mitarbeiter

„Indien ist nicht anti-westlich, es ist nicht-westlich“, hob Kripalani hervor. Im Gegensatz zu anderen Playern wie etwa China verfolge Indien nicht das Ziel, die globale Vormachtstellung zu erreichen. Themen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen für die wachsende Bevölkerung stünden für die Regierung im Vordergrund. Indien ist für Österreich bereits jetzt eines der wichtigsten Herkunftsländer für qualifizierte Zuwanderung im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte: Über 7.000 indische Arbeitnehmer sind am heimischen Markt tätig. Indien bildet jedes Jahr die weltweit zweitgrößte Zahl an technischen Absolventinnen und Absolventen aus. Auch Karlheinz Wex hob die Bedeutung der gut ausgebildeten Mitarbeiter für die vier Produktionsstandorte der Plansee Group in Indien hervor.



Ein Investitionsschutzabkommen sowie ein umfassendes Freihandelsabkommen, das den Zugang zum indischen Markt verbessert, den Handel liberalisiert und bestehende Hürden beseitigt, brächte einen deutlichen Wettbewerbsvorteil für heimische und europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb. Seit 2022 wird nach einer neunjährigen Unterbrechung wieder an einem Abkommen verhandelt. Bis eine Einigung erzielt werden kann, ist es wesentlich, bestehende Instrumente zu stärken, so etwa den EU-Indien-Handels- und Technologierat (TTC). Im Rahmen des TTC soll die Kooperation in den Bereichen strategische Technologien, grüne Technologien und Handel intensiviert werden. Auch die Global-Gateway-Strategie der

Europäischen Union kann eine Chance für österreichische Unternehmen darstellen: Bis 2027 sollen Investitionen in Höhe von rund 300 Mrd. Euro für Infrastrukturprojekte in EU-Partnerländern mobilisiert werden. Projekte in Indien umfassen die Sanierung der städtischen Infrastruktur (u.a. Abfallbewirtschaftung) und die Umsetzung nachhaltiger und energieeffizienter U-Bahn-Systeme.

Klimaneutral bis 2070

Das Land spielt zudem eine wesentliche Rolle in der globalen Energie- und Klimapolitik: Trotz seines Status als drittgrößter Energieverbraucher der Welt und einer Verdoppelung des Verbrauchs seit 2000 gewinnen erneuerbare Energien in Indien zunehmend an Bedeutung. Das Land hat sich das Ziel gesetzt, bis 2070 klimaneutral zu werden; eine große Herausforderung, bei der auch heimische Technologieanbieter Lösungen offerieren können.

Wirtschaftsräume Indien und EU

448,39 Mio.	Einwohner	1.441,72 Mio.
1,3 %	BIP-Wachstum 2024 (Prognose)	6,5 %
13,2 %	Anteil an globalen Warenexporten (ohne Intra-EU-Handel)	2,2 %
2.572,88 Mrd.	Warenexporte weltweit 2022 in Mrd. Euro	426,91 Mrd.

Quelle: IMF, EU

Redewettbewerb „Sag’s Multi“ fördert Mehrsprachigkeit

Die Beherrschung mehrerer Sprachen stellt einen Vorteil in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht dar. Mit „Sag’s Multi“ wird ein erfolgreicher Beitrag für die Wertschätzung mehrsprachiger Jugendlicher in Österreich geleistet.

Die Sprachenvielfalt in Österreich birgt insbesondere für unsere Hidden Champions, die oft Weltmarktführer in spezialisierten Segmenten sind, ein besonderes Potenzial. Menschen mit mehreren Erstsprachen bringen meist besondere Problemlösungsfähigkeiten, hohe Kreativität und mentale Flexibilität mit. In einem Umfeld mit hohen Innovationsansprüchen sind sie daher besonders gut aufgehoben.

Jede weitere Sprache eröffnet dem Menschen den Zugang zu weiteren kulturellen Deutungsmustern und somit einen neuen Horizont. Die Beherrschung mehrerer Sprachen stellt einen Vorteil in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht dar.

Sprachliche Vielfalt im Schulalltag

Sprachliche Vielfalt ist Alltag in Österreich und insbesondere an Österreichs Schulen. Jedes vierte Kind in Österreich hat eine nicht deutsche Erstsprache und bringt damit eine besondere Ressource mit. Das Zusammenleben und Lernen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster Herkunft ist im Großteil der Klassen österreichischer Schulen selbstverständlich. Um davon auch flächendeckend profitieren zu können und dabei einen guten Deutschunterricht für alle Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, braucht es innovative Maßnahmen. „Sag’s Multi“ ist jährlich ein guter Anlass, um aufzuzeigen, was möglich ist.

Vor mittlerweile 20 Jahren wurde erstmals der Redewettbewerb „Sag’s Multi“ initiiert. Inzwischen hat sich der mehrsprachige Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 20 Jahren österreichweit gut etabliert. Mit dem Redewettbewerb wird seit Jahren ein erfolgreicher Beitrag für die Wertschätzung mehrsprachiger Jugendlicher in Österreich geleistet. Die IV unterstützt „Sag’s Multi“ auch heuer wieder (2023/24 mit dem Leitthema „Mitbestimmen, mitgestalten – meine Stimme, mein Tun“), um auf die Bedeutung von Mehrsprachigkeit als Ressource für den international ausgerichteten Standort Österreich hinzuweisen.

INFORMATION

„Sag’s Multi“ am 17. Juni auf ORF III. „Mitbestimmen, mitgestalten – meine Stimme, mein Tun“: sagsmulti.orf.at

WEBTIPP

Hier geht’s zu den IV-Themen Migration und Mehrsprachigkeit: www.iv.at/Themen/Bildung-und-Gesellschaft/Elementarbildung-und-Schule/Bildungspolitische-Massnahmenvorschlaege.pdf



Wir müssen die EU wieder auf Kurs bringen

Diese Wahl zum EU-Parlament ist besonders bedeutend: Das so lange grundsätzlich erfolgreiche Europa muss Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft in den Mittelpunkt stellen – sonst droht der Wohlstandsabstieg zum Freilichtmuseum.



Ist der europäische Geist denjenigen ausgeliefert, die ihn angreifen oder gar zerstören wollen? Diesen Eindruck einer Europäischen Union, die ihre Rolle im globalen Kontext zu wenig proaktiv gestaltet, konnte man in den vergangenen Jahren leicht bekommen. Tatsächlich sind viele Herausforderungen Europas durch externe Faktoren, exogene Schocks bedingt, auf die eine Reaktion notwendig war, von der Pandemie bis zum Krieg, mit all den wirtschaftlichen Folgen von Lockdowns bis Energiepreisschock. Und die EU hat sich in vielen Bereichen im Krisenmanagement durchaus akzeptabel geschlagen; oft besser, als es ihr viele zugetraut hätten. Aber reicht das? Genügt es, auf das zu reagieren, was uns bedroht?

Wir haben uns die Ehrlichkeit verdient, auch einen kritischen Blick auf die Stärke Europas am Parkett der Weltpolitik zu werfen. Seit dem von Aufbruchsstimmung geprägten Jahr 1989 ist die Europäische Union von einer der führenden

Wirtschaftsmächte der Welt gemessen am BIP zu Kaufkraftparität (heute ohne Großbritannien) hinter die USA und China gerutscht.

Europa droht eine beispiellose Deindustrialisierung mit schweren Folgen für Wohlstand und Sozialsystem. Viele Gründe dafür sind hausgemacht: Europa untergräbt seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Überregulierung, bürokratische Auflagen und missionarischen Eifer, der den Bezug zur Realität zu verlieren scheint, wenn man etwa auf die Ausgestaltung des Lieferkettengesetzes blickt. Massive regulatorische Kosten, im internationalen Vergleich hohe Energiekosten, höhere Arbeits- und Kapitalkosten, langwierige Genehmigungsverfahren und allgemein schwierige Investitionsbedingungen – das alles ist eine enorme Belastung für Europas international agierende Unternehmen. Diese kommen vor allem aus dem Mittelstand und sind neben den Leitbetrieben das Wohlstands-Rückgrat Europas.

Wir brauchen dringend eine Kurskorrektur – für ein geeintes, souveränes und demokratisches Europa, das wirtschaftlich und politisch ein starker und selbstbewusster Akteur auf der Weltbühne ist. Dafür muss die Bewältigung der vielen Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort in der kommenden EU-Legislaturperiode absolute Priorität für die EU-Kommission, die Mitgliedstaaten und das Europaparlament haben. Dazu gehören eine Strategie für sichere Energieversorgung, der gezielte Abbau regulatorischer Überforderung, Technologieoffenheit und eine starke Kapitalmarktunion (siehe Coverstory S. 6–7).

Wir sehen, dass sich auf europäischer Ebene aktuell einiges in Bewegung setzt – so ist auch der Bericht von Enrico Letta ein positives Signal, dass die Warnungen der europäischen Industrie verstanden wurden. Die Antwerpener Deklaration zur Industriepolitik ist dies ebenso. Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt und

als solcher eine Erfolgsgeschichte, von der Länder wie Österreich massiv profitiert haben – jetzt müssen wir schnellstens ins Tun kommen, um jenes geeinte Europa zu erhalten und zu stärken, das den Geist der Pioniere des vor mehr als 30 Jahren durch den Vertrag von Maastricht gestarteten Friedensprojekts atmet, ihn gegen alle Herausforderungen der aktuellen Zeit konsequent und stark verteidigt und mit klugen Strategien die Chancen des ökologischen und technologischen Wandels nutzt. Die anstehenden EU-Wahlen geben uns allen die Möglichkeit, die dafür notwendige Kurskorrektur mit auf den Weg zu bringen. Die Zeit drängt.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

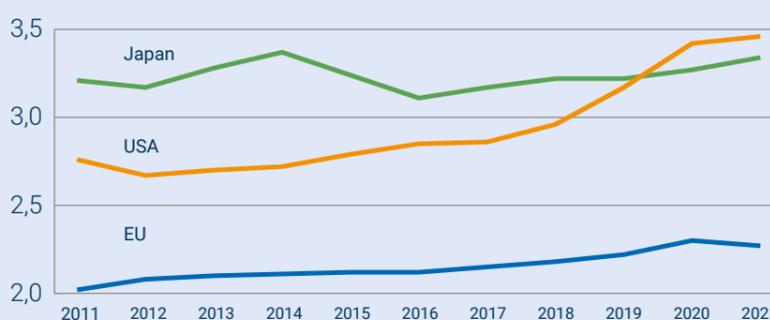
Grafik des Monats

Die EU hat erfolgreich eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten zur Förderung von Forschung, Technologieentwicklung und Innovation sowie für grenzüberschreitende Investitionen geschaffen. Die industriepolitischen Initiativen der USA wie der Inflation Reduction Act (IRA) sind zwar im Gesamtumfang durchaus ähnlich, die europäischen Initiativen sind jedoch oft zu komplex und schwerfällig in der Abwicklung. Ihr Erfolg ist zudem in zunehmendem Ausmaß von einer Mittelausstattung auf Ebene einzelner oder mehrerer EU-Mitgliedstaaten abhängig. Während die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der gesamten EU im Jahr 2021 bei 2,2% des EU-BIPs lagen, wiesen die USA einen deutlich höheren Wert auf (3,4%). Neben der Bewahrung ihrer preislichen Konkurrenzfähigkeit muss die EU danach trachten, ihre wissenschaftliche Exzellenz, Technologiekompetenz und Technologieführerschaft weiter auszubauen, um auf den globalen Märkten erfolgreich zu sein.

Im Rahmen des künftigen Forschungsrahmenprogramms („FP10“) sollte deswegen ein ambitioniertes Gesamtbudget in Höhe von mindestens 200 Milliarden Euro und dabei zumindest eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für industrielle Zukunftsbereiche sichergestellt werden. Ebenso sollten Prozesse

der Projektentwicklung weiter deutlich vereinfacht werden. Die EU sollte zudem die Instrumente zur Finanzierung grenzüberschreitender Partnerschaften zur Forcierung von Investitionen und Schlüsseltechnologien (Wirtschaft und Wissenschaft) weiter ausbauen und gleichzeitig in ihrer Abwicklung verbessern.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung, nach Leistungssektor
Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Zahl des Monats

3.258

So viele Rot-Weiß-Rot-Karten wurden heuer (in den ersten vier Monaten des Jahres) bereits ausgestellt. „Deshalb können wir aus heutiger Sicht davon ausgehen, dass bis Ende des Jahres 2024 rund 10.000 Rot-Weiß-Rot-Karten an qualifizierte Fachkräfte ausgestellt werden können“, sagte Wirtschaftsminister Martin Kocher dazu.

Der Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten konnte durch die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte deutlich gesteigert werden. In den zwölf Monaten vor der Reform mit Anfang 2022 sind 5.381 Karten ausgestellt worden, nach der Reform waren es 7.860 Karten. Nun wird die Rot-Weiß-Rot-Karte auf Lehrlinge aus Drittstaaten ausgeweitet.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haidl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Nermina Tičević, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkő, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino, Nicola Skalé

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): IV/Matanovic, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Servus TV, IV-OÖ/Adobe Stock, IV-Salzburg, IV-Steiermark, IV-Tirol/Schreier, IV, Aurelian Böhrler, IV-Wien/Alexander Müller

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



MINT Girls Challenge prämiert Zukunftsideen junger Talente

„Mädchen in die Technik“ lautet das Motto der MINT Girls Challenge. 2024 wurden 153 Zukunftsideen eingereicht und das Interesse war mit über 900 Mädchen ungebrochen.

Am 24. April, einen Tag vor dem Girls' Day, fand die Preisverleihung der diesjährigen MINT Girls Challenge statt. Der österreichweite Wettbewerb, der bereits zum dritten Mal vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium (BMAW), dem Frauenressort im BKA und der IV organisiert wurde, ermöglicht es Mädchen, ihre Ideen zur Lösung aktueller Probleme (wie Klimawandel oder Rohstoffknappheit) mithilfe von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu präsentieren.

Frühzeitig für Technik begeistern

Die Teilnahme von über 900 Mädchen und die Einreichung von 153 Zukunftsideen sind ein deutliches Signal: Die Zukunft in MINT ist kreativ und weiblich! Angesichts des Fachkräftemangels ist es von entscheidender Bedeutung, Mädchen und junge Frauen frühzeitig für die aufregenden Möglichkeiten in MINT-Berufen zu begeistern. Die Gewinnerinnen des Bewerbs erhielten unter anderem Zugang zu spannenden MINT-Erlebnissen von bzw. in österreichischen Industrie-Leitbetrieben.

Sabine Herlitschka, Vizepräsidentin der IV, gratulierte den Mädchen und betonte: „Es ist eine ganz zentrale Herausforderung, Mädchen und junge Frauen frühzeitig für MINT-Ausbildungen und -Berufe zu begeistern, denn wer einen MINT-Beruf wählt, kann dazu beitragen, die Welt zu verbessern. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der großen Nachfrage nach MINT-Talenten in der Industrie bieten sich hier große und spannende Zukunftschancen. Diese wollen wir Mädchen und Frauen in noch viel stärkerem Ausmaß zugänglich machen!“

Ein besonderer Dank gilt unseren Mitgliedsunternehmen, die ein MINT-Erlebnis als Preis zur Verfügung stellen:

- Wiener Stadtwerke GmbH
- A1 Telekom Austria AG
- Fronius International GmbH
- Fill Gesellschaft m.b.H.
- Knorr-Bremse GmbH
- Microsoft Österreich GmbH
- TTTech Computertechnik AG
- Palfinger AG
- MIBA AG
- Boehringer Ingelheim RCV GmbH
- voestalpine High Performance Metals GmbH
- Infineon Technologies AG
- Siemens Energy Austria GmbH



Frauenministerin Susanne Raab, IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und Wirtschaftsminister Martin Kocher.



Junge MINT-Talente auf der Bühne der MINT Girls Challenge.

Expertenmeinung von JOHANNES SOKOPP

Lehramtsreform zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels

Mit der Reform der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern wurde eine langjährige Forderung der IV umgesetzt.

Am 17. April wurde im Nationalrat ein Bundesgesetz beschlossen, mit dem das Universitätsgesetz 2002, das Hochschulgesetz 2005, das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz, das Fachhochschulgesetz, das Privathochschulgesetz und das Waldfondsgesetz geändert werden. Hinter diesen sperrigen Namen verbirgt sich ein großer Umsetzungserfolg einer langjährigen IV-Forderung. Worum geht es genau?

Vor etwa zehn Jahren wurde mit der „Pädagog/innen-Bildung neu“ die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Österreich grundlegend verändert. Die Ausbildung von Lehrpersonen für die Volksschulen dauerte seither acht Semester

im Bachelorstudium und zwei Semester im Masterstudium, also mindestens fünf Jahre; jene für Mittelschulen, Gymnasien sowie mittlere und höhere Schulen acht Semester im Bachelorstudium und vier Semester im Masterstudium, also mindestens sechs Jahre und damit länger als fast alle anderen Bachelorstudien in Österreich.

Mit der nun im Nationalrat beschlossenen Reform des Lehramts gibt es eine dahin gehende Strukturänderung: die Verkürzung des Bachelorstudiums auf sechs Semester (180 ECTS) und somit die Gleichstellung mit den meisten anderen Bachelorstudien. Diese Anpassung wird dazu beitragen, Lehramtsstudien attraktiver zu machen und mehr potenzielle Lehrkräfte anzusprechen.

Begrüßenswert und ebenfalls von der IV gefordert ist auch die Einbindung von wissenschaftlich reflektiertem Praxisbezug in die Curricula. Die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis ist entscheidend, um angehende Lehrkräfte bestmöglich auf die Anforderungen des Berufs vorzubereiten. Die Integration von praktischen Erfahrungen, die bereits im Dienst stehende Lehrerinnen und Lehrer gesammelt haben, stellt sicher, dass das Lehramtsstudium den realen Anforderungen des Klassenzimmers gerecht wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Gesetzes ist die verstärkte Ausweitung der Möglichkeiten für den Quereinstieg in den Lehrerberuf. Diese Maßnahme zielt darauf ab, Personen mit fachlich geeigneter



Johannes Sokopp ist Experte im IV-Bereich Bildung & Gesellschaft.

Berufserfahrung den Zugang zum Lehrerberuf zu erleichtern und somit den Lehrkräftebedarf langfristig zu decken.

Insgesamt stellt dieses Gesetz damit einen wichtigen Schritt zur Bewältigung des Lehrkräftemangels dar und trägt dazu bei, den Beruf als attraktive und zukunftsorientierte Profession zu positionieren.

Forschungsfinanzierung: Steigende Investitionen, unerreichte Ziele

Trotz steigender Forschungsausgaben kann sich Österreich nicht als führende Technologienation in Europa etablieren.

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind der Motor für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Im Jahr 2024 hat Österreich seine Forschungsinvestitionen auf 3,34 Prozent des BIP erhöht – das geht aus der im April von Statistik Austria veröffentlichten Globalschätzung hervor. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Zunahme von sieben Prozent, die Gesamtausgaben belaufen sich auf 16,6 Milliarden Euro. Nach wie vor tragen Unternehmen zwei Drittel der Forschungsausgaben. Österreich liegt EU-weit hinter Belgien und Schweden auf dem dritten Platz und ist damit einer der wenigen EU-Mitgliedsstaaten, die das

EU-Ziel einer Forschungsquote von drei Prozent erfüllen. Der bereits für 2020 angestrebte Zielwert von 3,76 Prozent des BIP wird jedoch weiterhin verfehlt.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass Österreich noch einige Anstrengungen auf dem Weg zur Technologienation und einem Innovation Leader zu bewältigen hat. Zusätzlich stehen die Unternehmen vor enormen Herausforderungen durch sich weiter verschärfende geopolitische Veränderungen, globale Technologiewettläufe, die grüne und digitale Transformation und umfassende Kostenbelastungen. Daher ist es umso wichtiger, die Ziele der FTI-Strategie

2030 konsequent und mit Nachdruck umzusetzen und ein Forschungsquotenziel von vier Prozent zu verankern.

Um zukunftsfähig zu bleiben, brauchen wir sowohl in herausfordernden als auch in erfolgreichen Zeiten ein klares Commitment der Politik, Investitionen in F&E als Priorität zu führen. In den FTI-Budgets der kommenden Jahre muss sich neben der Inflationsanpassung auch ein deutlicher Wachstumspfad abzeichnen. Insbesondere gilt es, die Technologieoffensive für angewandte Forschung und Technologieentwicklung weiter voranzutreiben. Ebenso dringlich muss der Fonds Zukunft Österreich über 2025 hinaus

gesichert und auf mindestens 200 Millionen Euro ausgebaut werden.

Europa kann seine globale Wettbewerbsfähigkeit längerfristig nur über eine klare Steigerung der Produktivität halten. Es gilt mehr denn je, FTI immer auch möglichst europäisch zu denken und umzusetzen. Österreich als starker Profiteur des EU-Forschungsrahmenprogramms muss sich daher auf EU-Ebene für ein schlagkräftiges Budget von zumindest 200 Milliarden Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche einsetzen – damit kein Weg am Technologiestandort Europa vorbeiführt!

Erste Stiftungsprofessur für Wirtschaftsbildung in Österreich kommt

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung widmet sich seit 2021 der Wirtschaftsbildung in Österreich. 2025 startet nun die erste dezidierte Stiftungsprofessur an der JKU Linz.

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung wurde 2021 von der IV, der Arbeiterkammer, der ERSTE Stiftung, der Innovationsstiftung für Bildung, der MEGA Bildungstiftung, der Oesterreichischen Nationalbank sowie der Wirtschaftskammer Österreich ins Leben gerufen. Das Ziel: zeitgemäße, faktenbasierte und praxisnahe Wirtschaftsbildung in der Schule. Seither hat sie in Sachen

Wirtschaftsbildung in Österreich schon einiges bewegt.

Im Jahr 2022 hat die Stiftung begonnen, das Schulpilotprojekt „Wirtschaftsbildung“ umzusetzen. Dieses Projekt unterstützt mittlerweile 60 Schulen österreichweit dabei, verstärkt Wirtschaftsbildung zu unterrichten. Auf der Plattform Wirtschaft-erleben.at stehen allen Pädagoginnen und Pädagogen

qualitätsgeprüfte Lehr- und Lernmaterialien frei zum Download zur Verfügung. Nun ist der Stiftung gemeinsam mit weiteren engagierten Gründungspartnern (IV-OÖ, Innovationsstiftung für Bildung, ERSTE Stiftung, Sparkasse OÖ, Fabasoft AG, Land Oberösterreich und Wirtschaftskammer Österreich) der nächste Coup gelungen: Die österreichweit erste Stiftungsprofessur für Wirtschaftsbildung am Institut für

Wirtschafts- und Berufspädagogik der JKU Linz startet ab 2025. Mit der neuen Stiftungsprofessur wird die Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien für die ökonomische Allgemeinbildung forciert und die Ausbildung angehender Lehrkräfte für den Wirtschaftsunterricht verbessert. Außerdem möchte sich die JKU mit der neuen Professur verstärkt im Bereich der Fortbildung von Lehrkräften engagieren.

Aktuelles in Kürze

Innovatives Ökosystem für Life Sciences

Der World IP Day 2024 im Haus der Industrie widmete sich Innovationstreibern in der Life-Science-Branche.

Die Life Sciences bilden nicht nur eine wesentliche Basis für innovative Produkte und Therapien im Bereich der Gesundheit, sondern sie liefern auch Lösungen für Herausforderungen im Zusammenhang mit Klima, Umwelt und Ressourcenmanagement. Die Life-Science-Disziplinen bilden ein Stärkefeld der österreichischen Forschungslandschaft und die in diesem Bereich tätigen Unternehmen tragen wesentlich zum Erfolg des österreichischen Wirtschaftsstandorts bei. Daher fand die Veranstaltung NCP-IP World IP Day 2024 unter dem Titel „Innovationstreiber in der Life-Science-Branche“ in den Räumen der Industriellenvereinigung statt.

Ein wesentlicher Baustein des Erfolgs ist enge und langfristige Kooperation zwischen Leitbetrieben, Startups, wissenschaftlichen Einrichtungen und Investoren. Das bestehende Innovations-Ökosystem zeichnet sich durch enge Zusammenarbeit und strategische Partnerschaften aus. Wie dieses Ökosystem weiterentwickelt werden kann, um neue Innovationen rascher und zielgerichteter umzusetzen und wie langfristige Schutzstrategien für geistiges Eigentum aussehen, diskutierten Marie-Kathrin Breyer (Ludwig Boltzmann Institut für Lungengesundheit), Peter Nussbaumer („wings4innovation“), Rainer Schultheis (Saphenus Medical Technologies) und Bettina Resl (Novartis Österreich).

September 2024: IV Partner bei Technology Talks Austria

Auch heuer ist die IV wieder Partner bei den hochkarätigen „Technology Talks Austria“. Die Technology Talks, die mittlerweile als Marke mit hohen Qualitätsansprüchen etabliert sind, existieren bereits seit über 40 Jahren (bisher im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach) und finden heuer erstmals von 12. bis 13. September 2024 in Wien back-to-back mit dem FFG Forum statt. Das diesjährige Leitthema ist die Bedeutung von Forschung, Technologie und Innovation (FTI) für die „Triple Transition“. Die internationalen Panels, Keynotes und Workshops spannen den Bogen von der „grünen“ und der digitalen über die „Human centered“-Transformation bis zur europäischen FTI-Politik. Im Fokus steht dabei die Bedeutung von Schlüsseltechnologien als Hebel für die Transformationsprozesse und wie Industrie, Wissenschaft

und Gesellschaft die Herausforderungen erfolgreich meistern und die sich bietenden Chancen bestmöglich strategisch gestalten können. Zudem wird auch die Frage nach notwendigen Maßnahmen und Schwerpunkten der Politik für eine prosperierende Zukunft diskutiert.



Der Ticketverkauf hat bereits begonnen – nähere Informationen unter www.technologytalks.ait.ac.at

Impulse für ein wettbewerbsfähiges Europa

Die Industriellenvereinigung schlägt zukunftsweisende Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige EU vor. Im Zentrum stehen eine Stärkung des Binnenmarkts, Innovationskraft, Sicherheitspolitik und Arbeitsmarktreformen.

Zweimal jährlich veröffentlicht der Internationale Währungsfonds (IWF) einen ausführlichen Report über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Für Europa gab es jetzt lange Zeit keine besonders guten Nachrichten, aber den jüngsten „World Economic Outlook“ konnte Alfred Krammer, Direktor der Europa-Abteilung des IWF, so zusammenfassen: „Nach Jahren der Krisen und ihrer Folgen ist eine sanfte Landung für die europäische Wirtschaft in greifbare Nähe gerückt.“ Um diese Chance in einen echten Aufschwung verwandeln zu können, sind allerdings dringend Reformen notwendig. Der europäische Binnenmarkt ist eine große Erfolgsgeschichte – seit Österreichs Beitritt zur EU 1995 haben sich die heimischen Exporte von 42,2 Mrd. Euro (1995) auf 194,1 Mrd. Euro (2022) mehr als vervierfacht. Die weitere europäische Integration birgt große ungenutzte Produktivitätsgewinne innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus – und wird für die kommende Legislaturperiode zur zentralen Aufgabe.

Doch welche Maßnahmen braucht es, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas im neuen globalen Machtgefüge zu stärken? Die Industriellenvereinigung hat im Vorfeld der EU-Wahlen umfassende Handlungsempfehlungen entwickelt. Im Fokus steht dabei das klare Bekenntnis zum europäischen Binnenmarkt, der als Herzstück der europäischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle einnimmt. „Es geht darum, Handelsbarrieren abzubauen, grenzüberschreitende Dienstleistungen zu vereinfachen und eine echte Kapitalmarktunion zu etablieren, um unternehmerische Freiheiten zu maximieren und das Wachstumspotenzial zu heben“, so IV-Präsident Georg Knill.

Außenhandel und Sicherheit

In einer Zeit globaler Unsicherheiten und wirtschaftlicher Herausforderungen ist zudem eine proaktive und selbstbewusste Außenwirtschaftspolitik notwendig. Der Ausbau eines starken Netzes aus Handelsverträgen sowie eine sicherheitspolitische Perspektive, die den Aufbau eines verteidigungsfähigen Europas einschließt, sind essenziell für die dauerhafte Sicherung des europäischen Demokratie- und Wohlstandsmodells.

Die Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und umweltpolitischer Verantwortung stellt eine zentrale Herausforderung für Europa dar. „Die industriellen Kapazitäten Europas sind entscheidend für unsere wirtschaftliche Zukunft“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Deshalb müssen wir gegen die übermäßigen Regulierungen und die hohen Energiekosten vorgehen, die sie bedrohen. Eine umfassende Überprüfung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Green Deals ist dabei unerlässlich, um unsere Industrie zu schützen und gleichzeitig unsere Umweltverantwortung wahrzunehmen.“

Qualifizierte Arbeitskräfte

Der branchenübergreifende Fachkräftemangel ist in ganz Europa spürbar – die IV setzt sich für effektive Maßnahmen zur Anerkennung von Qualifikationen und für die Beseitigung von Mobilitätshindernissen ein, um die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte zu verbessern. Mit Blick auf die nationalen Arbeitsmärkte gilt es, Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitsvolumens umzusetzen. „Durch die Förderung von Vollzeitarbeit

und die Schaffung von Anreizen für längeres Arbeiten könnten nicht nur Produktivität und Wirtschaftsleistung gesteigert, sondern auch zusätzliche Abgaben generiert werden, die wiederum in Bildung und Kinderbetreuung investiert werden könnten“, so Knill.

Europa als Standort für Innovationen

Europa steht im globalen Wettbewerb um technologische Führerschaft, insbesondere in Schlüsseltechnologien wie der künstlichen Intelligenz (KI), bei denen die USA deutlich höhere Investitionen tätigen. Um diesen Rückstand aufzuholen, ist eine erhebliche Erhöhung des EU-Forschungsbudgets auf 200 Milliarden Euro geplant. Dieser Schritt soll die Forschung und Technologieentwicklung stärken und Europas Attraktivität als Standort für Innovationen erhöhen. Zudem sollen Hemmnisse für Investitionen beseitigt und die Kapitalmarktunion ausgebaut werden, um europäischen Unternehmen den Zugang zu Eigenkapitalfinanzierungen zu erleichtern und die Entwicklung von Zukunftstechnologien voranzutreiben.

„Die Industriellenvereinigung setzt sich mit diesen Vorschlägen für eine tiefgreifende Kurskorrektur ein, um Europa als wettbewerbsfähigen und zukunftsfähigen Standort zu stärken“, so Knill. Dies soll eine Priorität für die kommende EU-Legislaturperiode sein, um Herausforderungen anzugehen und die Erfolgsgeschichte Europas fortzuschreiben.

ZUKUNFT
GESTALTEN

EUROPAWAHL X
9. JUNI 2024

ivote

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG
www.iv.at

Wer bestimmt, wohin sich Europa in Zukunft bewegt?
Du!
Nutze deine Stimme und wähle, denn wir entscheiden
gemeinsam in welchem Europa wir morgen leben möchten.

Nutze deine Stimme!

Um möglichst viele Menschen zu den Wahlen zu bringen, setzt die Industriellenvereinigung mit der „IVote“-Initiative auf Rolemodels aus der Industrie, die ihre Stimme für die Zukunft Europas nutzen. Auch CEOs, Beschäftigte und Lehrlinge aus vielen der insgesamt 5.000 Mitgliedsunternehmen der IV machen mit und setzen mit persönlichen „IVote“-Bildern in ihren Unternehmen und auf Social Media ein Zeichen für Demokratie und europäischen Zusammenhalt.

„Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine der Top-Prioritäten“

Johannes Hahn war Wissenschaftsminister in Österreich und ist seit 2010 EU-Kommissar, zuletzt zuständig für Haushalt und Verwaltung. Im Interview spricht er über die Wettbewerbsfähigkeit Europas und darüber, warum die Europäische Union manchmal so kompliziert ist.

Der europäische Industriestandort steht gewaltig unter Druck. Was können und müssen wir tun, um Europa wieder global wettbewerbsfähig zu machen?

Johannes Hahn: Die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine der Top-Prioritäten der Strategischen Agenda der EU für die Jahre 2024 bis 2029. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten und die EU an einem Strang ziehen! Als zielführende Maßnahmen sehe ich vor allem die Vervollständigung des Binnenmarkts, die Förderung innovativer Technologien – bei denen sich die EU dank Green Deal und der Digitalen Agenda bereits bestens positioniert hat – und den Bürokratieabbau auf EU- und nationaler Ebene. Die Europäische Union hat großes Potenzial: gut ausgebildete Arbeitskräfte, Innovationskraft und vor allem sozialen Frieden und Stabilität sowie Rechtsstaatlichkeit, die für Investitionen unerlässlich sind.

Wie muss das nächste EU-Budget aussehen, um zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Europa beizutragen?

Nachdem das EU-Budget in Zahlen gegossene Politik ist, müssen im künftigen mehrjährigen EU-Budget jene Bereiche finanziell gut ausgestattet werden, die zur globalen Wettbewerbsfähigkeit der Union beitragen; also etwa die Bereiche Forschung und Innovation, neue Technologien in den Bereichen Umwelt, Bio- und Computerwissenschaft sowie gemeinsame, länderübergreifende Projekte, die europäischen Mehrwert bringen, wie es im Verkehrs- oder Energiebereich bereits geschieht. Wir haben mit der Initiative STEP bereits einen guten Ansatz für die Förderung neuer Technologien auf den Weg gebracht, aber natürlich ist das nur ein erster Schritt und braucht im künftigen EU-Budget entsprechende finanzielle Ausstattung.

Aus meiner Sicht gibt es zwei Wege, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU budgetär sicherzustellen: Entweder die Mitgliedstaaten zahlen höhere Beiträge in das EU-Budget oder man ändert die derzeitige Struktur des EU-Budgets. Letzteres würde konkret bedeuten, dass man in Hinblick auf die Mittelausstattung die



EU-Kommissar Johannes Hahn.

gegenwärtig dominanten Bereiche Regional- und Landwirtschaftspolitik zugunsten jener Bereiche, welche die globale Wettbewerbsfähigkeit sichern, kürzt. Die Entscheidung liegt bei den Mitgliedstaaten! Hier gilt es Farbe zu bekennen: Man kann nicht mehr globale Wettbewerbsfähigkeit, mehr Sicherheit etc. fordern, ohne in diese Bereiche zu investieren.

Die Industrie bekennt sich klar zu Europa und zur EU, allerdings hinterfragen wir kritisch, warum viele Ideen aus Brüssel gut gemeint, aber aus unserer Sicht schlecht umgesetzt sind. Ein Beispiel ist das Lieferkettengesetz mit dem massiven Anstieg an bürokratischen Anforderungen durch ausufernde Sorgfaltspflichten. Auch beim Green Deal besteht diese Sorge. Warum ist Europa so kompliziert?

Zunächst eine Klarstellung: „Ideen aus Brüssel“ ist eine Verallgemeinerung. Was steckt dahinter? Gemeint ist die Europäische Union, die aus drei Institutionen besteht: der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind. Wenn es also um „Ideen aus Brüssel“ geht, dann hat die Europäische Kommission, die das Initiativrecht hat, einen Vorschlag gemacht, der vom EU-Parlament und dem Rat erst angenommen werden muss. Im Wege dieses Entscheidungsprozesses kommt es meistens zu Änderungen des Kommissionsvorschlags, wie es auch im Falle des Lieferkettengesetzes geschehen ist. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, in den die Stellungnahmen aller Institutionen und ihrer Vertreter eingeflossen sind. Dazu kommen noch umfangreiche Konsultationen mit Interessenvertretern. Das ist natürlich ein langwieriger Prozess, der aber – und damit bin ich schon bei ihrer Frage, warum Europa so „kompliziert“ ist – die Breite der Meinungen repräsentiert. Die Berücksichtigung unterschiedlichster Positionen ist sicherlich eine komplexe Herangehensweise, garantiert aber eine demokratische und transparente Entscheidungsfindung. Daher bin ich gegen Kritik, dass Europa „zu kompliziert“ sei. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, vom Klimawandel über Migration bis zur Bedrohung unseres demokratischen Systems, sind nicht mit einfachen Antworten zu lösen, auch wenn Populisten das weismachen wollen!

Was die Berichterstattungspflicht sowohl beim Lieferkettengesetz als auch bei Maßnahmen des Green Deal betrifft, ist es wichtig, dass bei der Umsetzung in nationales Recht mit Augenmaß vorgegangen wird – denn Bürokratie ist auch sehr oft hausgemacht; Stichwort „Gold-Plating“.



WEBTIPP

Hier geht's zum Download des IV-Positionspapiers zur EU-Wahl 2024

Neue IV-Task-Force für europäische FTI-Politik gestartet

Österreich zählt beim EU-Programm „Horizon Europe“ zu den erfolgreichsten einwerbenden Forschungsländern und hat bisher knapp über eine Milliarde Euro zurückgeholt. Um europäische FTI-Initiativen noch besser mitgestalten zu können, hat die IV nun eine eigene Task-Force gegründet.

Ein starkes Europa muss offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investieren, um auf der Grundlage von wissenschaftlicher Exzellenz, Technologiekompetenz und Technologieführerschaft auf den globalen Märkten reüssieren zu können. Die Unternehmen sind mit enormen Belastungen konfrontiert: hohe Lohnkosten, Energiekosten und vergleichsweise hohe Steuern. Forschung, Technologie und Innovation sind mehr denn je essenzielle Standortfaktoren für forschungsintensive Unternehmen. Internationale Kooperationen und Vernetzung sind dabei ein wesentlicher Hebel für den Erfolg.

Für das 10. EU-Forschungsrahmenprogramm („FP10“), das Nachfolgeprogramm von „Horizon Europe“ ab 2028, haben die Vorbereitungsarbeiten sowohl auf EU-Ebene als auch national bereits Fahrt aufgenommen. Die Industriellenvereinigung fordert für FP10 ein schlagkräftiges Budget von zumindest 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche.

Task-Force-Vorsitzende Herlitschka

Um die künftigen europäischen FTI-Initiativen gut abgestimmt strategisch begleiten und so an der Gestaltung mitwirken zu können, hat die Industriellenvereinigung nun eine EU-Task-Force FTI unter dem Vorsitz von Vizepräsidentin Sabine Herlitschka aufgesetzt, die am 22. Mai mit einer Auftaktveranstaltung startete.

Österreich zählt zu den erfolgreichsten einwerbenden Forschungsländern in Europa und hat bisher knapp über eine Milliarde Euro aus Horizon Europe zurückgeholt. Im Vorgängerprogramm Horizon 2020 konnten 1,9 Mrd. Euro an Rückflüssen realisiert werden. Ebenso beteiligt sich Österreich in den letzten Jahren



IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und Bundesministerin Karoline Edtstadler

erfolgreich an fünf Important Projects of Common European Interest (IPCEI) und hat die nationale Finanzierung von Vorhaben unter dem EU Chips Act auf den Weg gebracht – an diese Erfolge gilt es anzuschließen. Immer mehr dieser Initiativen sind nicht nur über die allgemeinen EU-Beiträge der Mitgliedsstaaten, sondern auch direkt national zu finanzieren. Damit Österreich auch einen effektiven Nutzen daraus ziehen kann, sind eine strategisch vorausschauende Entscheidungsfindung und adäquate Mittelausstattung umso mehr gefordert.

Bei der Auftaktsitzung der EU-Task-Force FTI diskutierten Bundesministerin Karoline Edtstadler (Bundeskanzleramt), Sektionschefin Barbara Weitgruber (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung) sowie Georg List (AVL List, Chair of the Research & Innovation Working Group, Business

Europe) mit Industrievertretern und -vertreterinnen über die Erwartungen an das neue Forschungsrahmenprogramm FP10 und darüber, wie es gemeinsam mit strategischen Partnern gelingen kann, dass Europa offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investiert.

HUNTING FOR EXCELLENCE – Stipendium für Zukunftsthemen

2024 können Studierende, die kurz vor Abschluss ihres Studiums stehen, wieder ein Stipendium der DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung erhalten.

Die DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung vergibt auch 2024 Stipendien an Studierende, die kurz vor dem Abschluss ihres Studiums stehen. Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof war als Mitbegründer und langjähriger Präsident der Industriellenvereinigung eine der Schlüsselfiguren für die Vertretung der österreichischen Industrie in der Zweiten Republik. Unter dem Motto „Hunting for Excellence“ will die Stiftung zur Entwicklung von industrierelevanten Zukunftsthemen beitragen.

INFORMATION

Im Jahr 2024 wird eine finanzielle Unterstützung i. H. v. insgesamt rund € 10.000 bereitgestellt. Voraussichtliche Ausschüttung: 1 x € 5.000; die weiteren € 5.000 werden je nach Qualität der jeweiligen Ansuchen aufgeteilt.

Einsendeschluss: 07.10.2024



Die Stiftung hat sowohl eine wirtschaftliche als auch naturwissenschaftliche Ausrichtung. Sie unterstützt Studien zur Kompetenzbeschaffung und zur Vertiefung der jeweiligen fachlichen Fremdsprachenkenntnisse an internationalen Spitzeninstituten in Bildung, Wissenschaft und Forschung.



Podiumsdiskussion beim Kick-off der neuen Task Force

Junge Industrie für Europas Zukunft

Jede Stimme zählt!

Die Europawahl im Juni markiert einen entscheidenden Wendepunkt – zum generellen Weg, den Europa einschlagen wird, und auch punkto Weichenstellungen für die heimische Industrie. Themen wie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, Klimaziele und bürokratische Hürden stehen im Fokus und werden mit jeder Stimme indirekt mitgestaltet.

Daher haben auch wir von der JI uns und unsere Mitglieder darauf vorbereitet. Im Rahmen der dreiteiligen Vortragsreihe „Talk about EU“ der JI-NÖ/Blgd. erhielten Interessierte Einblicke zu aktuellen politischen Themen. Bei der ersten Veranstaltung der Serie vertiefte Maria Theresa Lein vom IV-Büro Brüssel das Verständnis über Arbeitsweise und Prozesse der Union. Eine Herausforderung für die nächste EU-Kommission werde sein, „ein ausgewogenes Verhältnis zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und klimapolitischen Ambitionen zu finden“, erklärte Valerie Gruber, Vertreterin

des IV-Büros in Brüssel, bei der zweiten Veranstaltung. Markus Beyrer, Generaldirektor von Business Europe, diskutierte zum Abschluss der Reihe als Gast die Zukunft des Industriestandorts Österreich und die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen.

Auch in der Steiermark ging es Anfang Mai um die EU: Politikberater Thomas Hofer betonte in einer Veranstaltung der JI-Steiermark, wie globale politische Entwicklungen den österreichischen Standort beeinflussen können. Da in Österreich rund 60 Prozent durch Export erwirtschaftet werden, ist das Superwahljahr von zentraler Bedeutung, denn es geht um unsere Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand des Landes.

Um diese Zukunft tatsächlich mitgestalten zu können, hängt viel von der Wahlbeteiligung ab, denn auch bei dieser Wahl ist die junge Generation zahlenmäßig weit unterlegen. Umso wichtiger ist es daher, dass jedes Stimmrecht genutzt wird!

Team „Barrieren überwinden“ gewinnt Award

Mitte Mai ging der von der Jungen Industrie unterstützte Ideenwettbewerb NEXT GENERATION AWARD in Wien über die Bühne.

Die Jugend sieht sich mit immer mehr Problemen in der Zukunft konfrontiert, und manch einer fühlt sich daher machtlos – nicht so die Jugendlichen beim „Fest der Ideen Wien“, die die Zügel selbst in die Hand nehmen und Probleme in Gegenwart und Zukunft lösen wollen. Dazu haben die Oberstufenschüler zu den von ihnen erkannten Herausforderungen eine Idee entwickelt (Idea Challenge) und einen Businessplan geschrieben, um ihr Projekt zu verschriftlichen (Real Market Challenge). Dieser wurde dann von einer Jury bewertet; ebenso die Präsentation, die die Schüler vor den Juroren beim „Fest der Ideen“ hielten. Aus der Summe der beiden Bewertungen resultierten die Gewinner der zwei Kategorien des Ideen- und Businessplan-Wettbewerbs NEXT GENERATION. In der Kategorie „Idea Challenge“, die den Fokus auf das Geschäftsmodell legt, konnte „Feedalگو“ den Sieg holen.

Bei der „Real Market Challenge“ wird die Umsetzbarkeit der Projekte stärker gewichtet – hier hat es das Projekt „Barrieren überwinden“ der Jury besonders angetan: Sidney, Oliver und Benedikt entwickeln ein Gütesiegel für rollstuhlgerechte Hotels und setzen das Projekt auch um. Das Team wird auch mit dem „Social Entrepreneur Award“ ausgezeichnet. Die besten Teams haben damit ein Ticket für das Bundesfinale bekommen, bei dem sie um den Österreich-Titel kämpfen können.

Der Ideen- und Businessplan-Wettbewerb NEXT GENERATION Wien wird von „e.e.si“-Landeskoordinatorinnen und IFTE #Entrepreneurship4Youth in Kooperation mit der Wiener Wirtschaftsagentur, Unicredit Bank Austria, WK Wien, der Jungen Industrie Wien und der Julius Raab Stiftung umgesetzt.



Bildungsminister Martin Polaschek gratuliert Oliver Kirnbauer, Sidney Kunz und Benedikt Thaler, Team: „Barrieren überwinden“, Preisträger 1. Platz „Real Market Challenge“ und „Social Entrepreneur Award“, gemeinsam mit Jurymitglied Ralf Artner, Wolfgang Neubert und Marion Morales Albiñana-Rosner.



Europa – das erfolgreichste Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte

Wir haben es bloß vergessen!

192 Einträge findet man in der Kategorie „Krieg in Europa“ auf Wikipedia. Der Großteil davon betraf Länder in der heutigen EU. Seit der Gründung der Union hat die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur zum Frieden auf dem Kontinent, sondern auch in anderen Teilen der Welt durch Unterstützung und Entwicklungshilfe wesentlich beigetragen. Zur Erinnerung: Für ihren Einsatz für Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit hat die EU im Jahr 2012 auch den Friedensnobelpreis verliehen bekommen.

Wohlstand, Freiheit und Stabilität sind seither für die Bevölkerung zum Selbstverständnis geworden. Der immer noch andauernde Krieg in der Ukraine sollte uns daher eindrücklich vor Augen führen, welche essenzielle Vorteile die Union für die Menschen hat. Wirft man einen Blick in die Zeitungen und auf einige Wahlplakate im Land, zeigt das Stimmungsbild allerdings etwas anderes: Verdrossenheit mit der Politik der Union, Distanz zu den Entscheidungsträgern in Brüssel sowie Unzufriedenheit mit den Prozessen in den EU-Institutionen prägen die Medienlandschaft.

Die EU-Wahlen sind richtungsweisend für die Zukunft Europas. Wir müssen uns alle an der Nase nehmen und aufzeigen, welche Vorteile wir alle durch die EU erleben. Und das sind keine Kleinigkeiten, sondern die Grundpfeiler unseres Daseins: Frieden, Sicherheit und die Freiheit, das zu tun, was man möchte. Daher sollte es also selbstverständlich sein, die Demokratie zu leben und am 9. Juni zur Wahlurne zu gehen.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Rückblick auf vier Jahre IV-Steiermark-Präsidentschaft

Präsident Stefan Stoltzka im Interview.

Sie wurden im Sommer 2020 zum Präsidenten der IV-Steiermark gewählt. Ihre Funktionsperiode neigt sich dem Ende zu. Wie sieht Ihre Bilanz aus?

Es waren für mich vier sehr wertvolle und spannende Jahre; definitiv nicht die einfachsten für die Industrie und auch nicht für die Steiermark insgesamt. Umso wichtiger ist es mir, sagen zu können, dass sich die Industriellenvereinigung mit voller Kraft für die Steiermark eingesetzt hat und wir auch viel bewegen und erreichen konnten.

Es waren vier Jahre, geprägt von Pandemie und Umbrüchen. Was nehmen Sie persönlich aus dieser Zeit mit?

Sowohl während der Coronapandemie wie auch in der Zeit, in der es galt, die Energieversorgung grundlegend abzusichern, hat mich eines wirklich sehr beeindruckt: der Wille der Industrie zur Zusammenarbeit. Zum Beispiel durch den Austausch von Erfahrungen und guter Praxis im Umgang mit Corona – von Abstandsregeln in der Produktion bis zur

Impfstoffbeschaffung; aber auch durch die gemeinsame Organisation von Speichermöglichkeiten von Erdgas zur Absicherung unserer Produktionsfähigkeit, bis hin zum offenen Umgang mit sehr bitteren Erfahrungen, die Betriebe durch Cyberattacken machen mussten. Oder auch vor wenigen Wochen im Rahmen der Erstellung des „Masterplans Grüne Energie Steiermark 2040“: Diese Kooperation zwischen Industrie und Energieversorger ist österreichweit einzigartig.

weniger Tage Lebensmittel und Medizin im Wert von über einer halben Million Euro in die Ukraine liefern.

Kann die Steiermark zuversichtlich in die Zukunft blicken?

Was ich aus vielen Gesprächen mit Managern und Eigentümern von Industriebetrieben in den letzten Jahren mitnehme, sind unternehmerischer Mut, Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein. Es ist eine enorme Zuversicht, die uns durch diese vier schwierigen Jahre getragen hat. Qualifikation, Kreativität, die ständige Suche nach neuen Lösungen, nach mehr Effizienz und für ein gutes Miteinander der Menschen in der Industrie: Darauf können wir aufbauen. Die Herausforderungen sind aber enorm; die Welt hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Wir müssen darauf reagieren und dürfen diese Veränderungen nicht ausblenden, schön- oder gar wegreden. Wir müssen – unter anderem sozialpartnerschaftliche – Rituale und Lösungsfindungsmechanismen hinterfragen und wohl auch zu einem Gutteil über Bord werfen.

Was würden Sie als die wichtigsten Meilensteine der Steiermark in den vergangenen vier Jahren betrachten?

Wir haben vor vier Jahren das Thema der Glasfaser- und Breitbandanbindung in der Steiermark angesprochen. Unsere Sorge war, dass Investitionen im Bereich Industrie 4.0 hier schlicht nicht realisiert werden können, weil uns die dafür notwendige Dateninfrastruktur fehlt. Die Landesregierung, allen voran Landesrätin Eibinger-Miedl, hat unsere Sorge sehr ernst genommen und dafür gesorgt, dass die Steiermark als Industriestandort enorme Verbesserungen bei ihrer digitalen Infrastruktur erfahren hat. Das ist ein echter Meilenstein. Ein anderer war beispielsweise die Absicherung des COMET-Programms, also der Zukunft einer wesentlichen Säule der kooperativen Forschung zwischen Industrie und Wissenschaft in der Steiermark.

Mit „Unsere Industrie denkt neu“ hat die IV ebenfalls einen Meilenstein gesetzt. Mit dieser Initiative wollen wir aufzeigen, dass Industrie und ein gutes Leben kein Widerspruch sind, ganz im Gegenteil: Es braucht die Industrie dafür. Wir arbeiten daran, jungen Steirerinnen und Steirern klarzumachen, dass vermeintliche Gegensätze, etwa jener zwischen Umwelt und Umsatz, von der Industrie in Balance gebracht werden. Weil es uns so wichtig ist, gerade die Jugend in der Steiermark mit dieser Botschaft zu erreichen, hat die Initiative ihren Schwerpunkt im Social-Media-Bereich. Inserate und Plakate runden sie ab – aber in Wahrheit geht es darum, junge Menschen zwischen 16 und 35 abzuholen; daher auch die für die IV ungewöhnliche Aufmachung und die für uns teilweise neuen Kommunikationswege. „Unsere Industrie denkt neu“ ist eines der für mich persönlich wichtigsten Projekte meiner Präsidentschaft.

Und dann ist da noch der Science Garden – auch eines jener Projekte, die mir enorm viel Freude bereiten und von denen die Steiermark noch in vielen Jahren profitieren wird. Ich sehe in Österreich weit und breit



Das alles passiert in einer Offenheit und in einem gegenseitigen Vertrauen, das getragen ist vom Willen, füreinander und für die Menschen in der Steiermark eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Hat Sie diese Haltung überrascht?

Einerseits nein, weil wir in vielen Bereichen durch Kooperation auch in der Vergangenheit als Industrie und als Region insgesamt stärker geworden sind; denken wir nur an die gemeinsam getragenen Netzwerke von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wie die inno regio Styria. Was mich aber andererseits schon sehr beeindruckt hat, ist, dass diese Kooperation noch enger und intensiver geworden ist, als die Zeiten schwieriger wurden. Ich bin stolz darauf, dass wir als IV dafür die Plattform sein können. Führungskräfte und Eigentümer, die auf freiwilliger Basis ihre Erfahrungen und ihre internationale Perspektive zum Wohle der Unternehmen und des Landes einbringen – das macht die IV einzigartig.

Einzigartig war auch, dass die steirische Industrie diese Haltung 2022 ebenfalls gegenüber den Menschen in der Ukraine gezeigt hat: Dem Appell der IV und des ukrainischen Honorarkonsulats, nach Ausbruch des Kriegs Soforthilfe auf die Beine zu stellen, sind damals über 20 Betriebe gefolgt. Wir konnten binnen

keine vergleichbare Initiative, in der so viele verschiedene Akteure aus Wissenschaft, Politik, Bildungssystem und Wirtschaft in der Frage der MINT-Orientierung so gut abgestimmt sind und an einem Strang ziehen. Dass diese Plattform in der innoregio und der IV angesiedelt ist und in der Hartenaugasse konzipiert wurde, freut mich ungemein; noch mehr aber, dass Landeshauptmann Drexler auch die MINT-Koordination des Landes Steiermark im Science Garden angesiedelt hat.

Das IV-Präsidium hat nach seiner Wahl 19 Leitprojekte definiert. Wie war deren Entwicklung?

Einige konnten wir selbst in Umsetzung bringen bzw. die für ihre Umsetzung entscheidenden Partner für die Idee gewinnen – etwa wenn es darum ging, einen Key Account Project Manager in der Landesverwaltung zu implementieren oder die internationale Sichtbarkeit der Steiermark zu erhöhen und ein aktives Standortmarketing zu forcieren. Wir haben viele Projekte und Initiativen zur Nutzung der Digitalisierung im Bildungssystem realisiert, sind Gründungspartner bei der Internationalen Schule in Leoben, die für uns enorm wichtig ist. Bei anderen Leitprojekten liegt noch ein guter Teil des Wegs vor uns, etwa bei der Verbesserung der Kinderbetreuung in der Steiermark. Das Bewusstsein für den Handlungsbedarf ist auch ganz besonders dank des Engagements unserer Jungen Industrie gestiegen. Aber hier ist noch viel zu tun, und die von uns priorisierten Infrastrukturprojekte sind dicke Bretter, die es zu bohren gilt – da werden wir als IV mit unseren Partnern dranbleiben müssen.

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, mich bei allen zu bedanken, die in den vergangenen vier Jahren an unserer inhaltlichen Arbeit mitgearbeitet haben. Das waren Organisationen, eine Vielzahl unserer Mitglieder, der IV-Steiermark-Vorstand, meine Vizepräsidentin und die Vizepräsidenten sowie das gesamte Team der IV-Steiermark. Die Arbeit in der IV ist eine Teamarbeit.

Was war für Sie persönlich enttäuschend?

Dass Ministerin Gewessler den Ausbau der A9 und der S37 zunächst ohne nachvollziehbare Gründe und dann trotz wissenschaftlich klar dagegensprechender Faktenlage gestoppt hat, halte ich für sehr bedenklich. Auch die endlose Debatte um den Flughafenbahnhof und generell die Inlandsflüge ist einfach nur standortschädlich. Das BMK hat uns aber auch

im Bereich der Auslegung der Klimapolitik und durch Versäumnisse in der Energiepolitik vielfach einen Bärendienst erwiesen.

Die Steiermark ist Teil Europas. Wie sehen Sie die Entwicklung des Kontinents in den vergangenen Jahren?

Europa muss wirtschaftlich attraktiv sein. Wenn es das immer weniger wird – und das ist derzeit leider ganz eindeutig der Fall –, können wir unseren Wohlstand, aber auch unsere Rolle als Vorbild für andere Regionen vergessen. Wer selbst nichts hinbekommt, wird nicht ernst genommen. Wir müssen die großen Transformationen – die grüne, die digitale und die geopolitische – so mitgestalten, dass wir dabei wirtschaftlich stark bleiben. Das sehe ich derzeit noch nicht. Wir lassen immer noch Freihandelsabkommen mit Ländern ungenutzt, weil wir meinen, ihnen unsere Standards aufzwingen zu müssen, oder weil wir Freihandel als Export, aber nicht als gegenseitigen Handel zum Wohl beider Seiten verstehen wollen. Das ist nicht nur unfair anderen Ländern gegenüber, sondern auch dumm uns selbst gegenüber. Wenn Europa diese Abkommen nicht schließt, werden es eben andere tun.

Was wünschen Sie der Steiermark?

Ich kenne kein wohlhabendes Land und keine wohlhabende Region auf dieser Welt, in der nicht die Industrie für diesen Wohlstand hauptverantwortlich ist. Ich wünsche der Steiermark, dass sie weiterhin ein Industrieland bleiben kann.

Dafür braucht es wieder mehr Wettbewerbsfähigkeit für den Standort Steiermark, Österreich und Europa. Europa verliert derzeit an Wettbewerbsfähigkeit, und wenn ein Standort an Wettbewerbsfähigkeit verliert, verliert er seine Industrie – und damit seine Zukunft.

Was braucht es dafür von der Landespolitik?

Ein industriefreundliches Mindset, Planungssicherheit und Stabilität, auch gesellschaftliche Stabilität. Ich appelliere an unsere Politikerinnen und Politiker, einen gemeinsamen Weg der politischen Mitte zu finden, um ein Wegbrechen der gesellschaftlichen Mitte zu verhindern. Die Parteien der Mitte dürfen nicht gegeneinander arbeiten, sondern müssen sich gemeinsam überlegen, wie sie die Stärke der Mitte wiederfinden können. Ich traue das unseren Landespolitikern jedenfalls zu.

STEIRISCHE MINT-STRATEGIE

Kick-off im Rahmen der innoregio-Sitzung.

Die IV-Steiermark hatte am 9. April volles Haus, um mit voller Tatkraft die steirische MINT-Strategie voranzutreiben. Das von der Industriellenvereinigung Steiermark ins Leben gerufene Innovationsnetzwerk der innoregio styria, bestehend aus universitären und außeruniversitären Forschungsinstitutionen und regionalen Akteuren, begrüßte Landeshauptmann Christopher Drexler und Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl, die die Wichtigkeit des innoregio-Projekts „Science Garden“ betonten und ihre volle Unterstützung zusagten. Mit der Finanzierung einer MINT-Koordinationsstelle Steiermark, angedockt an Science Garden, richtet das Land Steiermark seit 1.1.2024 eine

Koordinations- und Kommunikationsdrehscheibe in die steirischen Regionen und über die Grenzen des Bundeslands hinaus ein und beauftragt die Erarbeitung einer steirischen MINT-Strategie.

Die MINT-Strategie, entwickelt in einem Prozess mit allen steirischen Hochschulen, Forschungsinstitutionen, Bildungseinrichtungen, Industrie- und Wirtschaftsvertretern, Sozialpartnern, Interessensverbänden und dem Land Steiermark, wird im November 2024 präsentiert werden. Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern für den produktiven Kick-off und das konstruktive Zusammenwirken!



FALSCH ABGEBOGEN

Die wirtschaftliche Lage findet zunehmend ihre Abbildung auch am Arbeitsmarkt. Noch haben wir keine Arbeitsmarktkrise – leichter wird die Situation in den kommenden Monaten aber mit Sicherheit nicht werden, ganz im Gegenteil: Die konjunkturelle Entwicklung von einer Rezession in bestenfalls eine Stagnation wird zunehmend dazu führen, dass Betriebe ihren Personalstand anzupassen haben. Es ist aber bei Weitem nicht nur die Konjunktur, die dafür verantwortlich ist; es ist vor allem unser Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, der für zunehmende Arbeitslosigkeit sorgt.

Die enorme und weiter steigende Last an Bürokratie drückt auf unsere Entwicklungsmöglichkeiten, genauso der Mangel an technisch ausgebildeten Fachkräften, der trotz der Arbeitsmarktentwicklung als Wachstums- und Wohlstandsbremse wirkt. Diese beiden Faktoren treffen Betriebe in ganz Europa in der mehr oder weniger selben Dimension. Anders ist das bei den Kosten: Die Lohnstückkosten sind in Österreich seit dem Jahr 2020 um über 28 Prozent gestiegen, mehr als in jedem anderen Land der EU. Unsere Kunden können sich österreichische Produkte schlicht nicht mehr leisten. Österreich droht als Produktionsstandort nicht nur teuer, sondern zu teuer zu werden.

Es ist gut und wichtig, dass von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen geholfen wird, beispielsweise durch Arbeitsstiftungen. Wir sollten aber nicht nur die Symptome der verloren gegangenen Wettbewerbsfähigkeit bekämpfen; vielmehr müssen wir endlich an den Ursachen ansetzen. Wir sind in der Entwicklung der Kosten am Standort falsch abgebogen und müssen dringend die Spur wechseln. Lohnnebenkosten zu senken und Betriebe bei KV-Abschlüssen nicht zu überfordern sind zwei Maßnahmen, mit denen wir einen Stopp der sich ankündigenden Entwicklung zunehmender Arbeitslosigkeit einleiten und die Deindustrialisierung Österreichs verhindern können. Diese Verantwortung haben wir allen Menschen gegenüber, die in Österreich einen Arbeitsplatz haben und darauf bauen, dass dieser auch in Zukunft sicher sein kann.

Meint Ihr

Stefan Stoltzka,
Präsident der IV-Steiermark

Steirische Eisenbahninfrastruktur 2040

Fachentwurf des Zielnetzes 2040 als Basis, die noch adaptiert werden muss.

Österreich und im Speziellen die Steiermark besitzen im europäischen Verkehrsnetz eine besondere Stellung: Zum einen befinden wir uns im Zentrum der erweiterten Europäischen Union am Übergang älterer, wirtschaftlich etablierter zu neueren, wirtschaftlich sehr dynamischen Mitgliedsstaaten, zum anderen erstrecken sich die Alpen als innereuropäische topografische Barriere durch ganz Österreich. Die Steiermark hat dabei aufgrund ihrer geografischen Lage eine besondere natürliche Benachteiligung gegenüber anderen Bundesländern in puncto Erreichbarkeit. Um dauerhaft wettbewerbsfähig zu sein, muss die steirische Industrie aber in der Lage sein, ihre Güterströme konkurrenzfähig bewältigen zu können. Daher hat die IV-Steiermark zum Fachentwurf des Zielnetzes 2040 u. a. auf folgende Bereiche erneut besonders hingewiesen:

Pyhrn-Schober-Achse (Neubau Bosrucktunnel)

Die Pyhrn-Schober-Achse ist für den Güter- und Personenverkehr der Steiermark von enormer Bedeutung. Um den Verkehr auf dieser Trasse effizienter abwickeln zu können, muss – auch im Hinblick auf die äußerst ambitionierten Klimaziele im Sektor Verkehr – der zeitnahe Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse, inklusive des Neubaus eines möglichst flachen Eisenbahntunnels durch den Bosruck, absolute Priorität haben. In diesem Zusammenhang ist es zudem wesentlich, dass diese Strecke Teil des neuen EU-Transportkorridors Westbalkan-Ostmittelmeer ist und daher aufgrund ihrer Funktionalität als Verbindung wichtiger Industriegebiete und Hinterlandanbindung der Häfen Koper und Rijeka auch den Anforderungen des schweren Güterverkehrs genügen muss.

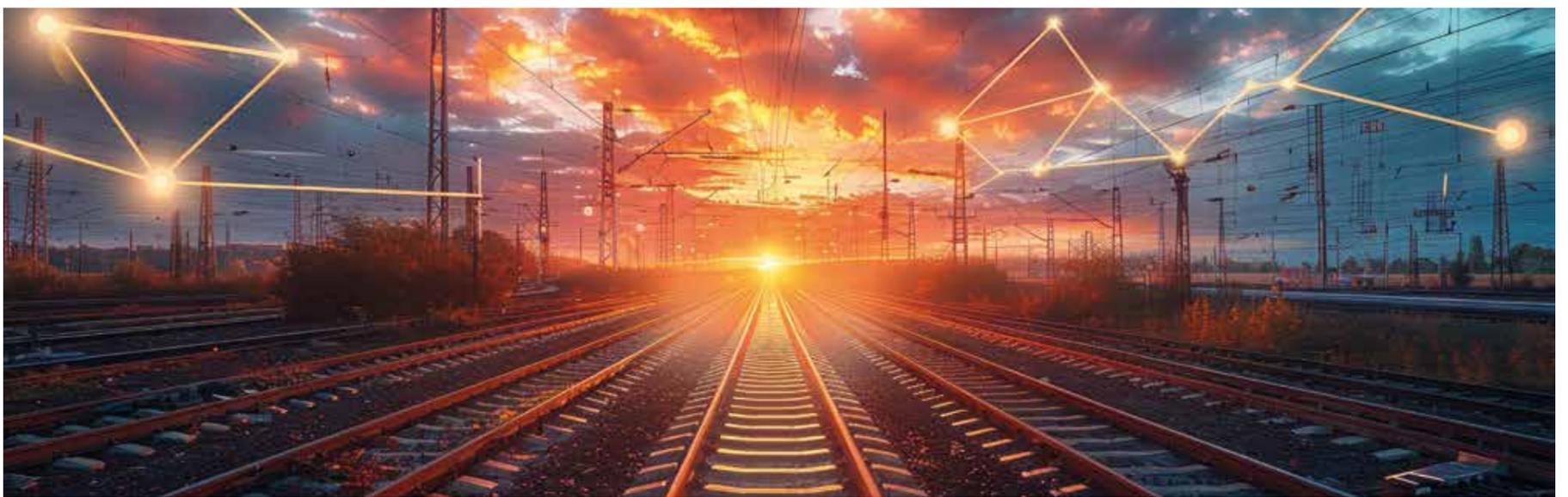
Ausbau Bruck an der Mur – Graz

Auch der Ausbau des Abschnitts zwischen Bruck an der Mur und Graz ist von maßgeblicher Relevanz für die Steiermark. Hier wird sich die Anzahl der Fahrten in diesem Abschnitt nach der Fertigstellung des Semmering-Basistunnels und der Koralmbahn enorm steigern. Zwar findet sich im Zielnetz bereits ein erster Ansatz zur Auflösung des Flaschenhalses (viergleisiger Ausbau Frohnleiten-Graz); damit dieses Engpass-Problem nachhaltig und fahrzeitverkürzend behoben werden kann, ist aber der gesamte Abschnitt Graz – Bruck an der Mur sowohl neu zu trassieren als auch viergleisig auszubauen. Mit den diesbezüglichen Planungen muss ehestmöglich begonnen werden.

Unteres Ennstal, Oststeiermark und Anbindung des Flughafens Graz

Regionale infrastrukturelle Bedürfnisse

wie im unteren Ennstal und der Oststeiermark dürfen nicht vernachlässigt werden. Im Zusammenhang mit dem Flughafen Graz ist anzumerken, dass dieser sowohl für die steirische Industrie als auch für den Tourismus von großer Bedeutung ist – aber erst mit einer entsprechenden Anbindung an die neue Südbahnstrecke kann er sein Potenzial für den Wirtschaftsraum Kärnten und Steiermark voll entfalten und zum Hub für beide Regionen (und darüber hinaus) werden. Ein Bahnhof am Flughafen Graz stellt somit in erster Linie auch einen Beitrag zur Sicherung der Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der gesamten Region Südösterreich dar. Um als Wirtschafts- und Produktionsstandort weiter attraktiv und erfolgreich bleiben zu können, sind leistungsfähige Verkehrsachsen entscheidend. In diesem Sinne wird die IV-Steiermark auch weiterhin für den zeitgemäßen Ausbau der heimischen Infrastruktur kämpfen.



MINT-FORUM UND MINT-FESTIVAL STEIERMARK 19.–21.9.2024

Im Herbst zeigt das von innoregio styria ins Leben gerufene MINT-Netzwerk Science Garden mit zwei Veranstaltungen auf.

Ein Drei-Tage-Festival für Wissenschafts- und Technikbegeisterung

Unter dem Motto OPEN YOUR MINT erwarten wir an den drei MINT-Festival-Tagen (19.9., 20.9., 21.9.) rund 1.000 Kinder und Jugendliche pro Tag, die wir am Campus der TU Graz Inffeldgasse auf 3.000 m² für MINT-Themen begeistern werden. Gemeinsam wollen wir den längsten Experimentiertisch der Steiermark bauen, eine Raumstation, Flugsimulatoren und Robotik erleben, Raketen starten, in virtuelle Sandboxes greifen, Klänge produzieren, Segeldrohnen steuern und noch vieles mehr sehen. Zahlreiche Industriebetriebe, Forschungsinstitute und die gesamte steirische Hochschullandschaft werden mit Mitmachstationen vertreten sein.

KONTAKT

Bei Interesse für einen kostenfreien Ausstellungsstand bitten wir um Kontaktaufnahme mit gerlinde.wade@sciencegarden.at

Tickets für den Familientag im Rahmen unseres Festivals sind noch verfügbar: www.sciencegarden.at/festival

Drittes steirisches MINT-Forum

Einen Beweis für den konsequenten MINT-Ausbau in der Steiermark liefern die alljährlich wachsenden Zahlen beim MINT-Gütesiegel, das die Industriellenvereinigung u. a. gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung an Bildungseinrichtungen mit hervorragendem MINT-Engagement vergibt. Während die Ersteinreicher bereits vor dem Sommer jährlich in Wien gekürt werden, erhalten die Wiedereinreicher 2024 ihre Plakette

heuer in Graz von Elisabeth Meixner, Bildungsdirektorin Steiermark. Die Steiermark ist im Vergleich zu anderen Bundesländern in klarer MINT-Gütesiegel-Pole-Position: Allein heuer werden 77 Auszeichnungen, darunter 42 Neueinreichungen und 35 Wiedereinreicher, an Bildungseinrichtungen mit besonderem MINT-Engagement vergeben. Neben wertvollem Networking erwarten unsere Gäste heuer den Kabarettisten Clemens Maria Schreiner; außerdem dabei: ein MINT-Impro-Theater, Physikus Gernot

Pottlacher und Georg List, Vice President Corporate Strategy der AVL List GmbH.



WEBTIPP

Hier geht es zur Anmeldung, wenn auch Sie Teil dieses Events werden möchten

